

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIII.

Leipzig, Dienstag den 26. Februar 1895.

№ 24.

Zur Generalversammlung.

Bei den verschiedentlich gestellten Mehranforderungen an die Verbandskasse und der Unlust zur Steuererhöhung heißt es darüber nachsinnen, ob nicht in irgendwelcher Beziehung innerhalb unferes Verbandes Uebersflüssiges oder Unnötiges zu sparen sei, wobei namentlich die Verwaltung in erster Linie in betracht kommt. Hier wird man bei tieferm Eingehen in den Verwaltungsorganismus unter anderem wenig Notwendigen noch auf ein ganz und gar „veraltetes Stück Möbel“ stoßen, das uns nicht den geringsten Vorteil bringt, dafür aber ein heillofes Geld kostet. Ich meine die Einteilung des Verbandes in Gaue als Zwischeninstanz im Verkehre zwischen den Haupt- und den Bezirksvorständen.

Die Gaueinteilung entspringt den ersten Anfängen der heutigen Organisation der Buchdrucker. Es war im Anfange der 1860er Jahre, als eine Anzahl Städte (Mainz, Mannheim, Heidelberg, Hanau, Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt, Gießen), welche sich mit der Unterstützung der reisenden und kranken Kollegen befaßten, zusammentraten zu einem Verband, um die Unterstützungen gemeinsam zu regeln und auch auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorzugehen. Das war in Deutschland der erste Gauverband der Buchdrucker, welcher im Gebietsumfange den heutigen Gaue Mittelrhein und Frankfurt-Hessen ziemlich entspricht, und der erste Anfang einer Zentralisation. Nachdem sich nun aber das Bedürfnis herausgestellt hatte, die obigen wie die kollegialen Vereine der übrigen deutschen Städte, welche sich dann auch noch mit der Unterstützung der invaliden Kollegen befaßten, in einem Verbande zu zentralisieren, waren die Gauverbände überflüssig geworden und hatten ihre Existenzberechtigung verloren. Die inzwischen verlossene Zeit hat dies ja bestens bewiesen und eine ganz bedeutende Anzahl Kollegen hat nach reiflicher Erwägung sich diesem Gedanken angeschlossen, wodurch es kam, daß schon zur letzten Generalversammlung von verschiedenen Städten der Antrag gestellt wurde, die Gaueinteilung aufzuheben. Der Antrag wurde von der Generalversammlung abgelehnt, was sehr leicht erklärlich ist, denn die einzelnen Gaue, die heute die Delegierten zu wählen haben, wählen, von gänzlich falschen Voraussetzungen ausgehend, immer ihre Gauvorsteher, da man sich für verpflichtet hält, diese als Leiter der Gaue vor allen anderen zu bestimmen, und erst in zweiter Linie vielleicht Mitglieder der Bezirke, welche meist die Bezirksvorsteher sind. Ohne den betreffenden Delegierten, die Gauvorstandsmitglieder sind, zu nahe treten zu wollen, wird man sich jedoch der Annahme nicht verschließen können, daß eine solche fast regelmäßig aus denselben Personen zusammengesetzte Körperschaft, mag sie auch sonst mit Hintanstellung der eignen Persönlichkeit und unbeflüßelt im Interesse des Verbandes arbeiten, einen Antrag, der Befestigung ihrer Amtszweige verlangt, ablehnen wird. Besonders denjenigen Gaue, die nur wenige Delegierte zu wählen haben, wäre ein Abgehen von dem Althergebrachten zu empfehlen, kommt es doch auch oft vor, daß

Maßnahmen der Gauvorstände zur Besprechung stehen, über welche nicht dieselben Gauvorstände zu Rate sitzen dürften.

Die Gaueinteilung schafft uns einen ganz bedeutenden bürokratischen Apparat, den wir als Feinde des behördlichen Bürokratismus über Bord werfen sollten. Nichtet z. B. ein Kollege ein Gesuch an seinen Bezirksvorstand, worüber dieser nicht kompetent ist endgültig zu beschließen, sondern das einen Beschluß des Hauptvorstandes nötig macht, so geht das Gesuch nach Beschlußfassung des Bezirksvorstandes mit Begründung an den Gauvorstand, dieser beschließt in seiner nächsten Sitzung darüber und berichtet an den Hauptvorstand weiter; nach Beschlußfassung schiebt dieser das Gesuch zurück an den Gau- und dieser wieder an den Bezirksvorstand. So vergehen Wochen bis der Kollege vielleicht das bekommt, was er will, was vielleicht sein Recht ist, während bei direktem Verkehre der Bezirksvorstände mit dem Hauptvorstande dies in ein paar Tagen geschehen konnte. Und so geht es mit allen anderen Fragen, die die Bezirksvorstände nicht allein regeln können. Dieses System macht den Bezirks- und Gaufunktionären eine heillose Arbeit mit Schreibern u. s. w., kostet eine Masse Porto, Drucksachen u. s. w. und verursacht kolossalen Zeitverlust. Vorteile kann ich in der Einrichtung nicht erblicken, die Aufhebung der Gaue hingegen würde die Bezirksvorstände in ihren Entschlüssen selbständiger machen und eine größere Anzahl Kollegen als jetzt durch genauere Kenntnis der ganzen Vereinsfragen, die jetzt nur den Gauvorständen zugänglich sind, zur Agitation befähigen. Haben vielleicht heute die Bezirke und Mitgliedschaften in bezug auf Agitation irgendwelchen Vorteil von der Gaueinteilung? Die Vororte in keiner Weise und die Bezirke und kleineren Orte könnten auch später durch zur Agitation befähigte Kollegen benachbarter Städte Unterstützung für Versammlungen erhalten; dadurch würde auch der häßliche Personenkultus, der öfters in Artikeln des Corr. zu lesen ist, verschwinden.

Um nun den Kollegen zu zeigen, auf welche Höhe sich die Summe der nach meiner innersten Ueberzeugung unnützen Ausgaben für die Gaue während des Jahres 1893 beläuft, lasse ich in folgendem die einzelnen Posten als Auszüge aus den Gauberichten, die mir die Redaktion des Corr. und Kollege E. Domine in freundlichster Weise zur Verfügung stellten, Revue passieren. Das Jahr 1893 halte ich noch für ein günstiges, da so kurze Zeit nach dem Streik immer noch mit manchen Ausgaben gespart wurde.

Wir haben im Verband 21 Gaue und von diesen sind für meine Berechnung 2 (Berlin, Hamburg-Altona), welche nur die betreffenden Städte umfassen, also auch als Bezirke in gleicher Gestalt verbleiben würden, abzuziehen.

Die 2 Prozent-Verwaltungsstellen, welche die Gaulassen für sämtliche Einnahmen an Beiträgen erhalten, betragen im genannten Jahr 11 186 Mark. Die Portoausgaben betragen (ausschließlich der Gaue Schleswig-Holstein, Posen, Westpreußen und Mecklenburg-Lübeck, die mir nicht zur Hand waren, aber einschließlich der Einzelmitglieder

Leipzigs) 2629,86 Mark, die Remunerationen für die Gauvorstände 4726,25 Mk., die Kosten der Gantage 2981,98 Mark, die Druckkosten der Gaue 2959,40 Mk., die Kosten für Schreibmaterialien u. s. w. 433,28 Mk., Abonnements für den Corr. und andere Zeitschriften 419,12 Mark; die diversen Ausgaben sind wegen ihrer Mannigfaltigkeit nicht genau festzustellen, einzelne Gaue haben jedoch hierbei sehr beträchtliche Posten notiert, so daß diese mit den Reisekosten für die Gauvorstände die Höhe von mindestens 2500 Mk. erreichen; für die vier fehlenden Gaue will ich eine Gesamtausgabesumme von 3000 Mk. annehmen. Diese Ausgaben ergeben eine Summe von rund 31000 Mk., wozu noch die Ueberschüsse, die die einzelnen Gaue machen und damit Reservesfonds anammeln, im ungefähren Betrage von 6000 Mk. kommen. Diese Summe, die also nach meiner sehr gering veranlagten Berechnung 37000 Mark beträgt, wird pro Jahr völlig unnütz ausgegeben. Bei event. Auflösung der Gaue würden die bestehenden Gauvermögen außerdem noch einen sehr beträchtlichen Zuwachs für die Hauptkasse abgeben. Auf eine Beweisführung für den Unwert sehr vieler durch die Gaueinteilung bedingter Einrichtungen im gegenseitigen Verkehre der Vorstände, der Kassenverwaltungen und der Vertretungskörper will ich jetzt verzichten, werde aber, wenn nötig, darauf zurückkommen. Obige Summe auf die Mitgliederzahl des Verbandes ausgerechnet, diese mit Abzug der Konditionlosen und Reisenden auf 15000 ständig Zahlende geschätzt, kommt auf jedes Mitglied 2,50 Mk. pro Jahr oder pro Woche 5 Pf. Durch die Aufhebung der Gaue könnten diese 5 Pf. als Beitrag für die Allgemeine Kasse erhoben werden und damit wäre die Möglichkeit gegeben, ohne eine Erhöhung des jetzigen Beitragess die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen. Diese Erhöhung wird mit jedem Tage dringender, desto dringender wird aber auch deshalb mit jedem Tage die Abschaffung der Gaue und im Interesse der Mitglieder liegt es, energisch darauf hinzuwirken, daß das sobald als möglich geschieht.

Frankfurt a. M.

J. Scoralid.

Ann. d. Red.: Obwohl nach unserm Dafürhalten durch den hier gemachten Vorschlag wohl einige Ersparungen stattfänden, würde keinesfalls die gesamte herausgefundene Summe erspart. Ein Teil der Ausgaben würde einfach auf die Bezirke überwandern. Ob der wirklich zu erzielende finanzielle Nutzen nicht durch die andre Gestaltung wegfiel und ob die Gauorganisation nicht doch auch heute noch vieles für sich hat, wollen wir in der Hauptsache den Gauvorständen zu beantworten überlassen; sie werden es am besten beurteilen können. Es wäre sehr wünschenswert, wenn von dieser Seite der Vorschlag einer gehörigen Durchspruchung ausgeht würde, damit die Wiederholungen desselben entweder aufhören oder aber zum Ziele führen — damit Klärung geschaffen wird, denn die Ablehnung allein thut es nicht. Wir unsererseits sprechen der Gauorganisation denn doch nicht allen Wert ab. Der Staat hat ebenso seine Regierungsbezirke, Landratsämter, Magistrate und Gemeindevorsteher,

weil von einer Zentrale aus nicht gut mit den zahlreichen kleinen Bezirken verkehrt werden kann. Die Folge bei uns würde mindestens eine starke Vergrößerung der Zentralverwaltung sein und dort würden die Gauskotten in neuer Form auflaufen. Fortgefallen wäre aber die rasche Erlebigung der mancherlei kleinen Fragen, die jetzt sicherlich zwischen Gauvorstand und Bezirken ohne den Zentralvorstand stattfindet, denn der Zentralvorstand brauchte eben auch Zeit zur Erlebigung der Geschäfte. Eingebüßt wäre ferner die treibende Instanz, welche die Gauvorstände auf jeden Fall in ihren Gauen darstellen.

Kleinigkeiten

spielen von jeher und überall eine große Rolle im Leben und täglich kann man die Wahrheit des alten Sprichwortes erkennen: Kleine Ursachen — große Wirkungen.

Die große Masse der Erdenbewohner ist freilich nicht beunruhigt oder dazu aufgeleitet, Kleinigkeiten Beachtung zu schenken. Man kümmert sich vielfach nicht um Kleinigkeiten, weil man diese entweder nicht bemerkt oder nicht bemerken will. Die Erfahrung aber lehrt, daß man auch die unscheinbarsten Vorformeln beachten und beherzigen soll, wenn man sich vor Schaden bewahren will.

Für uns Buchdrucker, die wir täglich Tausende von Kleinigkeiten bedenken und „begreifen“ müssen, um das leider vielfach zum Maximum gewordene Minimum zu verdienen, dürfte die sorgfältigste Beachtung der mancherlei Kleinigkeiten innerhalb und außerhalb des Geschäftes nicht und mehr zur unabwiesbaren Notwendigkeit geworden sein. Wie es aber anzufangen wäre, mit dem geringen Verdienste so viele zum Leben und zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendige Kleinigkeiten anzuschaffen, das wird freilich selbst für die künftigen Köpfe unter uns eine ewig offene Frage bleiben. Selbst der bescheidenste Kollege wird sich diese Frage nicht befriedigend beantworten können.

Für unsere Prinzipale wäre es eine Kleinigkeit, mit Unterstützung der organisierten Gehilfenschaft geordnete Zustände im Gewerbe anzubahnen, der Verhlingswirtschaft, der leidigen Schmutzkonkurrenz und dem notwendig damit verbundenen Niedergange des Gewerbes zu steuern. Aber das würde ein kleines pekuniäres Opfer bedeuten und dafür sind unsere Herren Prinzipale zum weitaus größten Teile nicht zu haben. Jeder mag das ganze Gewerbe verumpfen. Viele unserer Herren Prinzipale können es ruhig ansehen, wie die organisierte Gehilfenschaft aus den schmalen Beuteln hunderttausende Mark zur Rettung des Gewerbes opfert, ohne selbst auch nur einen Finger für den gleichen edlen Zweck zu rühren. Bei vielen Prinzipalen hört leider der letzte Funken Arbeiterfreundschaft in der Nähe des eignen Geldbeutels gänzlich auf, existenzberedigt zu sein.

Ein Blick in die Weltgeschichte zeigt uns, daß die Großen dieser Erde nach einem siegreichen Feldzuge mit der Kleinigkeit einiger Schriftzüge die feitherrigen Landarten verändern können. Reiche verschwinden, Reiche entstehen; Nationen müssen ihre Namen verändern. Kleinigkeiten sind oft die Ursachen solcher großartiger Wirkungen, die wiederum die „Kleinigkeit“ von Tausenden hoffnungsvoller Leben vernichten.

Ähnlich geht es im Gewerbe. Die Bazillen sind unsteril unsere wichtigsten Berufsfeinde und reihen doch alljährlich so große Lücken in unsere Reihen. Es ist namenslos traurig, daß man diese tüchtigen kleinen Feinde nicht besser bekämpft. Es dürfte doch sicherlich allgemeiner bekannt sein, daß nur die peinlichste Sauberkeit und gut ventilerte Arbeitsräume die Ansteckungsgefahr vermindern können. Und doch gibt es Druckerzeilen, die in dieser Hinsicht jeder Beschreibung spotten. Mit langsamem Siechtum und einem frühen Tode müssen Hunderte unserer Kollegen die Nichtbeachtung dieser Kleinigkeit bezahlen.

Während unserer Prinzipale wie Gehilfen ist glücklicherweise das garstige Wort „Mazregelung“ fast unbekannt. Die Statistik (Corr. Nr. 17) zeigt aber, daß in den Jahren 1880 bis 1893 Tausende von Kollegen gemahregelt wurden. Für das ganze Jahr 1891/92 war allein die „Kleinigkeit“ von 1448 gemahregelten Kollegen vom Verbandsrat zu unterhalten. Warum aber wurden so viele Kollegen mit ihren Familien dem Elend überliefert? Wegen der Forderung einer Kleinigkeit, der Arbeitszeitverlängerung von einer Stunde zu günstigeren Arbeitslohn Kollegen.

Nicht nur mit brutaler Gewalt, sondern auch mit Anwendung allerlei unscheinbarer Kleinigkeiten sucht man Mitglieder für die Zwangsstaaten zu gewinnen und somit den Verband zu schwächen. Kleinigkeiten, wie Zuzahlung besserer Manuskripts, „Andeutung“ einer baldigen Gehaltsaufbesserung, Verschwendung einiger besonders freundlicher Worte, kann man noch gelten lassen. Aber den so beliebten Bauernjanz vermittelt unerfüllbarer Versprechungen sollte man einfach für unmöglich halten.

Fast überall wird über die Ignorierung der Verhlingskala vergebens Klage geführt. „Lächerlich“ — „Kleinigkeit“ — „der paar Verhlings wegen die große Glode zu rühren“, sagen manche Prinzipale. Wir aber müssen uns sagen, daß durch diese allgemein beliebte Kleinigkeit die Reservearmee in wenigen Jahren um viele Tausende vermehrt sein wird.

Wegen Kleinigkeiten muß mancher Kollege, für dessen Entfernung man einen Grund sucht, die ihm lieb gewordene Arbeitsstätte verlassen. Ein unüberlegtes Wort, ein zufälliges Mißverständnis, ein ärgerlicher Druckfehler genügt, dem bescheidenen Glück ein jähes Ende zu bereiten.

Es ist zwar nur eine Kleinigkeit, gibt aber zu denken, wenn alljährlich dem kleinen und mittleren Druckbetriebe Tausende von Drucklindern entzogen werden, um im Großbetriebe desto häufiger weiter zu rollen.

Auch in politischer Beziehung verdienen Kleinigkeiten die größte Beachtung. Das wird die Umsturzvorlage beweisen, die manche Kleinigkeit vor die Schranken des Gerichts bringen dürfte.

Kleine Nachlässigkeiten veranlassen häufig im Bergwerks- und Fabrikbetriebe den Verlust zahlreicher Menschenleben. Auch die „Elbe“ wurde mit den vielen lebensfrohen Menschen das Opfer einer kleinen Unachtsamkeit.

In agitatorischer Hinsicht können ebenfalls die Kleinigkeiten nicht genug beachtet werden. Am wirkungsvollsten für unsere Interessen dürfte ein Stückchen Papier sein — der Correspondent. Er bringt in jeder Nummer Kleinigkeiten, durch die indifferente Kollegen nach und nach zum Denken veranlaßt werden müssen. Der einzelne vermag nichts. Nur im engen Anschluß an die große, von künftigen Händen sicher geleitete Masse kann eine Verbesserung unserer Lage erkämpft werden. Im Vergleiche zu den 10 Millionen, die der Verband in den 28 Jahren seines Bestehens für Unterhaltungen verausgabte konnte, ist der Beitrag immerhin nur eine Kleinigkeit, aber ein glänzender Beweis, daß mit wenigem großes vollbracht werden kann.

Beachten wir in unserm Vereinsleben unentwegt auch die Kleinigkeiten; es wird für das Gesamtwohl erproblich sein.

Unterstützen wir unsere Führer und Vertrauenspersonen, insbesondere den Correspondenten durch Mitteilung beachtenswerter Kleinigkeiten und der Erfolg wird nicht fehlen.

Korrespondenzen.

Düsseldorf, Ende Februar. Im verflochtenen Jahre fanden hier 4 Bezirksversammlungen und am Vorort 11 ordentliche und 2 außerordentliche Mitgliederversammlungen statt, außerdem hatten wir 2 öffentliche Versammlungen, in der ersten sprach Kollege Döblin, in der zweiten Kollege Brauch. Von den Prinzipalstufen sind auch wir verichont geblieben. Der Mitgliederstand stieg im Bezirke von 86 auf 116. Die Einnahme belief sich auf 4870,80 Mk., davon wurden an die Gauskasse gefandt 3871,93 Mk. Hier am Orte lassen die Verhältnisse noch viel zu wünschen übrig, denn von über 300 hier beschäftigten Gehilfen gehören nur 70 dem Verband an. Wie an vielen anderen Orten ist auch hier darüber zu klagen, daß gerade die älteren Mitglieder (etliche Ausnahmen abgerechnet), die doch eigentlich den jüngeren mit gutem Beispiele vorangehen sollten, den Versammlungen stets fernbleiben. Hoffentlich werden die Herren ihrer moralischen Pflicht bald besser bewußt.

Orfurt. Die letzte Monatsversammlung faßte einstimmig den Beschluß, dem Gauvorstande den Ausschluß des Segers Zeigerer aus Arnstadt nach § 5c des Verbandsstatuts zu empfehlen.

Kiel. Mitte Februar. Seit 1. April wird in unrer Mitgliedschaft für je zwei Mitglieder ein Exemplar des Corr. seitens der Ortskasse gehalten. Die Mehrzahl der hiesigen Mitglieder trat seinerzeit in die Krankenkasse „Heimat“ ein. Dieselbe zahlt bei einem Beitrage von 50 Pf. neben den sonstigen gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen 39 Wochen lang ein Krankengeld von 16,80 Mk. Verzehtabst unter den Mitgliedern des Ärztevereins, dem nur zwei hiesige Ärzte nicht angehören; die Kasse zahlt dafür an den Ärzteverein pro Jahr und Mitglied (1600) 2 Mk. Sodann führen wir seit 1. Juli eine Zuschußkasse, Beitrag 10 Pf. Sie zahlt an bezugsberechtigte Konditionalsolde, an von der Orts- oder einer freien Hilfskasse ausgesteuerte Kranke und an etwaige Invaliden einen wöchentlichen Zuschuß von 3,50 Mk. nach Abvolvierung einer 26 wöchigen Karenzzeit. Es wird jedoch eines größeren Zeitraumes bedürfen, um festzustellen, ob sich diese Leistungen dauernd werden aufrecht erhalten lassen. Die diesjährige Generalversammlung wird die Meinungen über die Unterstützungen einmal ganz gründlich zum Ausdruck kommen lassen müssen, denn das Bedürfnis nach höheren Unterstützungen bricht sich immer wieder Bahn und die Erhöhung der Beiträge, die man im Verbands verweigert, wird dann in Form von Gau- und Ortssteuern doch gezahlt. Eine eingehende Debatte über die Verhlingsverhältnisse mehrerer Druckerzeilen beschäftigte einige Versammlungen. Den drei Hauptstündern wurde in der Schlesw.-Holst. Volkszeitung der Text gelesen und ein Geschäft (Einfeld) später geschlossen. Dem Restantenunwesen rückte man in einigen Versammlungen scharf auf den Leib, für den Augenblick schien es geholfen zu haben. Kollegen die Betroffenern beherzigen, daß eine ordnungsmäßige Geschäftsführung diesen Missetand nicht zugibt, damit die unerquicklichen Debatten über dieses Thema verschwinden. Einen recht erfreulichen Zuwachs hat die Mitgliedschaft erhalten. Das bisher erscheinende Tageblatt ging mit Oktober ein, die Zeitungssieger der betreffenden Druckerzei (C. Bödel) mußten dann baulicher Veränderungen wegen allerdings einige Wochen spazieren gehen, konnten aber darauf in das neu eingerichtete Geschäft des General-Anzeigers mit ziemlicher Verstärkung eintreten.

Die Mitgliedschaft ist dadurch auf 100 Köpfe angewachsen. Aus dieser Veränderung erklärt sich auch die hohe Verhlingszahl der nach Ausscheiden der Zeitungssieger verbliebenen Druckerzei von C. Bödel, die nunmehr pachtweise vom Kollegen F. Wegehaupt übernommen worden ist.

Druckerzei	Gesamtzahl der Gehilfen	in Mitgliedschaft	in Verhlings						
Kieler Zeitung	33	23	25	8	31	10	—	—	—
General-Anzeiger	18	18	12	6	18	10	—	—	—
Nord-Östsee-Zeitung	25	23	2	16	9	25	10	2	—
Schl.-H. Volkszeitung	16	16	—	16	16	10	—	—	—
Schmidt & Klaunig	13	10	3	13	12	110	7	—	—
C. Schmidt	7	7	—	3	4	7	10	—	—
Schmidt & Pentel	3	2	1	3	2	110	1	—	—
Hofstias-Druckerei	2	2	—	2	2	9 1/2	1	—	—
A. F. Jenien	4	2	2	4	4	10	3	—	—
Karl Janien	2	2	—	2	2	10	—	—	—
Pandorf	2	2	—	2	2	9 1/2	3	—	—
Bödel (Wegehaupt)	3	3	—	2	2	10	4	—	—
Ehr. Donath	2	2	—	1	2	10	2	—	—
E. Rodewolb	2	1	1	2	1	110	—	—	—
Bohnstorf	1	1	—	1	1	10	—	—	—
E. Uebermuth	1	1	—	1	1	10	1	—	—
E. Neumann	—	1	—	—	—	—	—	—	—
C. Frenke	1	1	—	—	—	10	2	—	—
Andresen	1	1	—	1	1	10	—	—	—
C. Einfeldt	1	1	—	1	1	110	4	—	—
Gebr. Peters	1	1	—	1	1	2	2	—	—

Summa: 138 96/43 57 79/129 5 — 32

¹ Kolonar. ² Außerdem muß noch ein Kontorbeitrag seine freie Zeit mit Segen ausfüllen.

Den so oft beobachteten Umstand, daß Zeitungen den in ihren Spalten gepredigten Grundätzen im eignen Hause keinen Raum gewähren, haben wir auch bei der Kieler Zeitung zu verzeichnen, wenigstens wird von den Gehilfen derselben die Abneigung der Geschäftsleitung gegen den Verband als Grund ihrer Nichtzugehörigkeit zum Verein angegeben. Ob nicht einem Teile des Personals diese Abneigung des Geschäftes einen bequemen Vorwand abgibt, sich den in Form unserer Beiträge geleisteten Beihilfen zur Vinderung der Not der Konditionalsolde, Kranken und Invaliden zu entziehen, mag dahingestellt sein. Der Vorstand richtete ein Schreiben an die Geschäftsleitung der Kieler Zeitung, in dem unter Hinweis auf die neuen „Arbeiterartikel“, die sich der Freisinn in seinem Programm zugeteilt hat, um Auskunft gebeten wurde, ob man auch ferner auf dem abledenden Standpunkte gegenüber dem Verbands zu beharren gedenke. Die Antwort war — Schweigen. Aber den Gehilfen gegenüber muß doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei ernstlichem Willen sie nicht nötig hätten, sich von ihren Verbandskollegen fernzuhalten. Die auch in der Tabelle durch die größte Verhlingszahl glänzende Firma Schmidt & Klaunig hatte für den vorliegenden Sonnabend vor Weihnachten dem für das Adreßbuch engagierten Teile des Personals gekündigt, hatte aber noch Arbeit und wollte nun die betroffenen Kollegen ins Berechnen stellen, was abgelehnt wurde; die Folge davon war, daß das übrige Personal den ganzen Sonntag und auch in der folgenden Woche Extrastunden machen mußte, wodurch die Kollegen entbehrlich wurden. Es bedarf wohl keiner weiteren Worte zur Kennzeichnung, aber die Mitglieder seien bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß es ihre Pflicht ist, derartige Vorgänge zur Kenntnis des Vorstandes zu bringen; denn wenn auch ein Einschreiten nicht angängig, so gibt es doch Material zur Beurteilung unserer tariflichen Zustände. Von den Segnungen der Invalidenkasse des D. B. B. sind wir verichont geblieben. In der Nord-Östsee-Zeitung wurden dem Personale Listen zur Anmeldung vorgelegt, es zeichnete sich jedoch niemand in dieselben ein und es ist dabei auch geblieben. — Unterstützungen zahlte die Mitgliedschaft an die Kollegen in Budapest 10 Mk., Former in Nürnberg 18,70 Mk. (auf Listen), Schneider in Kiel 2 Wochenraten à 10 Mk. — 20 Mk., Barbieri in Kiel 10 Mk., Seiler in Schlotheim 5 Mk., Seiler in Altona 5 Mk., Schuhmacher in Burg 5 Mk., Brauereiarbeiter in Berlin 10 Mk., Personal von Wezel & Naumann 10 Mk.; außerdem wurden dem Zentralvorstande für die Kollegen in den Niederlanden 20 Mk. zur Verfügung gestellt und zur Hochhaltung der Schlesw.-Holst. Volkszeitung 50 Mk. gezahlt. Im Gewerkschaftsartikel sind wir durch zwei Kollegen vertreten. Als Unikum mag mitgeteilt sein, daß die Stadtbehörde auf eine Eingabe, betr. ein Arbeitsamt, mittelste, daß sie sich dieserhalb mit der „Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ in Verbindung gesetzt hätte. An dem Festzuge gelegentlich des Gewerkschaftstages und an diesem selbst nahmen die Kollegen mit Jahe in größerer Anzahl teil, was für einige derselben geschäftliche Unannehmlichkeiten im Gefolge hatte. Die Verhefungen zur Anbahnung einer örtlichen Vereinigung der Arbeiter sämtlicher graphischen Gewerbe scheiterten an den teilweise recht traurigen Verhältnissen der übrigen beteiligten Gewerke. — Die mit 90 Mk. jährlich dotierte Bibliothek, die jetzt auf über 400 Nummern angewachsen ist, erfreut sich unter Leitung des Kollegen C. Bollmer recht reger Teilnahme, was man von den Versammlungen leider nicht behaupten kann; zwei Versammlungen konnten sogar wegen zu geringer Beteiligung nicht abgehalten werden. Zu einer dieser

Veranstaltungen war auch Herr Ströbel, der Verfasser der „Halbbildung“, erschienen und es hätte die Diskussion gemäß zur Beseitigung mancher Differenzen und Vorurteile beigetragen. In betreff der Schlesw.-Holst. Volkszeitung fand am 1. Januar eine Versammlung des Personals, des Vorstandes und des Gewerkschafters Herrn Heilmann statt, da man seitens des Geschäfts auf Einführung der geplanten Minderungen bestand, weil von dem abnehmenden Standpunkte der Geschäftsführung in jener Versammlung dem Geschäftsführer, der in der Versammlung anwesend und an den Debatten beteiligt war, keine offizielle Mitteilung zugegangen war. Das von dem telegraphisch herbeigerufenen Gewerkschaftler mitgebrachte Flensburger Preis-Kommissionsmitglied vermittelte im Laufe des Tages die Aufschübung der Einführung, da das Personal erklärte, unter veränderten Arbeitsbedingungen event. am 2. Januar nicht anzufangen. Die Angelegenheit wurde sodann am 20. Januar in einer Zusammenkunft gelegentlich des Parteitages in Flensburg zur Zufriedenheit des Personals geregelt, indem man die Forderungen seitens der Geschäftsleitung zurückzog, sobald an dem bisherigen Stande des Personals nichts geändert wird. Wenn es nun Kollegen gibt, die der Ansicht sind, die Verrentlichung der ganzen Angelegenheit im Corr. wäre besser unterblieben, so habe ich demgegenüber zu bemerken, daß ich den Bericht bereitwillig auf Anfordern übernommen habe, allein schon deswegen, um zu verhindern, daß derselbe vielleicht von direkt interessierter Seite weniger sachlich gegeben würde; wer der Versammlung beigewohnt hat muß zugeben, daß alles über das Ziel hinausgehende unberücksichtigt geblieben ist. Daß eine bürgerliche Zeitung sich des Stoffes bemächtigt und denselben nach ihrer Weise ausgenutzt hat, kann kein Grund sein, die Verrentlichung als verfehlt anzusehen. — Die nach der Erklärung des Herrn Verrard in Flensburg zu erwartenden wenig angenehmen Dinge sind hier in Kiel bereits genügend erörtert und in aller Munde, sie haben nicht wenig beigetragen, die bestehende Antipathie gegen die Buchdrucker zu vergrößern und ein Verhältnis geschaffen, das nicht gerade angenehm ist; ich nehme aber nach der Erklärung an, daß dieser Umstand Herrn Verrard unbekannt war. Vollständig einig sind wir mit ihm in der Meinung, daß die Arbeiter auch in sozialdemokratischen Betrieben ihre Schuldigkeit thun müssen und wir haben diese unsere Meinung den beiden im Sommer entlassenen und durch andere erstellten Kollegen auch keineswegs vorenthalten. Was die Kritik seiner Berechnung anbetrifft, so erklärte mir ein Beteiligter, daß dieselbe unterblieben wäre, wenn das ganze Gutachten zur Kenntnis gebracht worden wäre; ob nun das Gutachten für die Leffentlichkeit bestimmt war oder nicht, konnte für die Beteiligten nicht in Betracht kommen, sobald man auf einen Teil derselben Anforderungen des Geschäfts an das Personal stützte.

Werbung. Im Geschäftsjahr 1894 fanden hier sieben Versammlungen statt, die lediglich im Durchschnitt von 28 Mitgliedern besucht waren. Der Mitgliederstand war am höchsten im ersten Quartal (48) und am niedrigsten in den beiden letzten Quartalen (je 43). Das Zurückgehen der Mitgliederzahl ist neben dem Ausschuß einiger Mitglieder wegen Restierens auf das Eingehen der Dr. Bödelshenschen Druckeri zurückzuführen. Die hiesige Zahlstelle wurde im abgelaufenen Jahre von 295 Reisenden besucht, davon 169 mit weißer und 126 mit grüner Legitimation. Die am 15. Oktober ausgenommene Statistik ergab folgendes Bild: Es bestanden am Orte 6 Druckerereien, in welchen insgesamt beschäftigt waren: 36 Geper, 6 Drucker; davon 34 Mitglieder, 8 Nichtmitglieder. Ueber Minimum wurden entlohnt 22, zum Minimum 10, unter Minimum 10. Lehrlinge waren 18 vorhanden, 16 S., 2 Dr. Aus den übrigen Orten des Bezirks war zuverlässiges Material nicht zu erlangen, da wir im abgelaufenen Jahr in diesen Orten keine Mitglieder hatten. Nach vieler Mühe gelang es im vorigen Jahr endlich, eine Gesangsabteilung zustande zu bringen, die bei der Lausche den vielversprechenden zeitgemäßen Namen „Vorwärts“ erhielt und schon zu wiederholten Malen Proben ihres Könnens ablegte. Möge sie wachsen, blühen und gedeihen! Leider müssen wir hierbei konstatieren, daß es einige wirklich stimmgebende Kollegen bisher noch nicht der Mühe wert hielten, sich der Gesangsabteilung anzuschließen und es vorziehen, anderen Gesangsvereinen anzugehören. — Für die Bibliothek wurde ein größerer Betrag aufgewendet zur Anschaffung neuer Bücher hauptsächlich sozialpolitischen Inhaltes. Leider ließ die Benutzung der Bibliothek sehr viel zu wünschen übrig und dies mag darin seinen Grund haben, daß viele Mitglieder Privatbibliotheken besitzen. Doch wollen wir hoffen, daß sich die Benutzung in diesem Jahre reger gestaltet. — Mit der Prinzipalskaffe sind wir bisher noch nicht beschriftet worden und werden jedenfalls auch ferner damit verschont bleiben. — Zum Schlusse möchten wir noch erwähnen, daß unser früherer langjähriger Bezirksvorsitzender H. Scheidemann in kurze feiner bisherigen Wirkungskreis verläßt, um nach Gießen überzusiedeln, wo er eine Stellung als Redakteur der dort erscheinenden sozialdemokratischen Mitteldeutschen Sonntagzeitung antritt.

W. Solingen. Laut Rechenschaftsbericht vom verfloffenen Jahre wies unsere Ortskaffe (wöchentlich Beitrag 15 Pf.) an Einnahme 97,18 Mk., an Ausgabe 86,28 Mk. (an durchreisende Kollegen 62,50 Mk.) auf. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 9 und 14. Der Versammlungsbesuch war reger. Da die hiesige Arbeiterkassette mit der Gründung eines Gewerkschaftsartikels be-

gann, so berieten auch wir eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung ein, zu welcher erfreulicherweise mehrere Nichtmitglieder erschienen. Ein Kollege wurde als Delegierter zum Kartell gewählt. — Auch von Seiten einiger Nichtmitglieder wurde am hiesigen Ort eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung einberufen und zwar zu dem Zwecke, für Solingen eine allgemeine Viatikumskasse zu gründen; alle Kollegen, ob Verbandsmitglieder oder nicht, sollten in dieselbe fließen und ebenso sollten alle durchreisenden Kollegen Viatikum aus derselben erhalten. Auch diese Versammlung wurde von unseren Mitgliedern besucht; wir wiesen jedoch darauf hin, daß man von uns Verbandsmitgliedern billig nicht verlangen könne, diejenigen Kollegen, welche aus bei etwaigen Lohnbewegungen gegebenenfalls in den Rücken fallen, auch noch auf der Reise zu unterstützen; außerdem hätten wir im Ortsvereine für unsere reisenden Mitglieder eine Viatikumskasse; wir forderten daher die anwesenden Nichtmitglieder auf, einfach dem Verbandsbeitritt, denn dort könnten sie ihr Mitgefühl für die arbeitslosen Mitbürger am besten betätigen. Eine Kommission, welche (aus Mitgliedern und Nichtmitgliedern bestehend) in dieser Versammlung gewählt wurde, ging resultatlos auseinander, da wir uns konsequent ablehnend verhielten. Doch etwas Gutes sollte diese Versammlung trotzdem zeitigen, denn die Verbandsmitglieder sind jetzt dem Verbandsbeitritt beigetreten und wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir diesen Erfolg jener Versammlung zuschreiben. — Das neue Jahr scheint sich übrigens sehr gut in unserm Ortsvereine einzuführen zu wollen, denn wir haben in demselben schon drei Neuaufnahmen zu verzeichnen — vivat sequentes —, unsere Mitgliederzahl beträgt jetzt 18. In unserm vorjährigen Jahresbericht an dieser Stelle wurde darauf hingewiesen, daß wir die Agitation bei Einheimischen für erfolglos hielten; wir sind nun gezwungen, einige derselben von diesem Verdachte zu reinigen, denn sie haben sich uns jetzt angeschlossen; eine Mahnung, daß man nie in der Agitation erlahmen und nach einem oder mehreren fehlgeschlagenen Versuchen nicht die Flinte ins Korn werfen soll. In diesem Sinne werden wir im Ortsvereine Solingen weiterarbeiten. Unsere Parole heißt: „Alles für den Verband!“

Rundschau.

Buchdruckeri und Verwandtes.

Unserer wirkungsvollen Schilder der Chicagoer Bericht-erstattet der Zeitschrift i. Deutschl. Buchdr. die amerikanische Gewerkschaften als Unterdrücker der Schmutz-konkurrenz. Er schreibt: „... Gegen derartige Preisdrücker, die Geper und Drucker meist mit einem erbärmlichen Lohn abfertigen, haben wir aber noch ein wirksames Mittel in den Union-Labels, das sich in Bestätigungen von bestimmter Form dafür, daß die betreffende Firma Gewerkschaftslohn zahlt. Wer Gewerkschaftslohn zahlt, kann keine Schmutzkonkurrenz treiben und wer sie nicht zahlt, wird von den Arbeitern geboykottet. Auch die Union-Druckerereien haben ihre „Union-Guts“, welche am Fuße der meisten Druckmaschinen angebracht werden. Um zu illustrieren, inwiefern diese „Guts“ (Klebstiche) zum Schutze gegen Schmutzkonkurrenz dienen, sei beispielsweise folgendes bemerkt: Es kommt ein Mann, der ein Geschäft eröffnen will und dabei auf den Widerspruch der Arbeiter angewiesen ist, in eine Druckererei mit der Absicht, irgend etwas auf die Eröffnung Bezug habendes drucken zu lassen. Aber hören Sie, vergessen Sie den Union-Gut nicht. „Ja, wir haben ihn nicht.“ Gut, dann können Sie auch die Arbeit nicht haben.“ Einfach und bündig. Ein anderer Fall. Käuft da ein Dry Goods House Zettel drucken, worauf er seine Waren anpreist, und in Tausenden in den Häusern und auf der Straße verteilt. Kommt nun ein Familienoberhaupt von der Arbeit abends nach Hause und findet so einen Zettel ohne Union-Gut, so gibt er der Frau die Befehle, absolut nichts in dem betreffenden Geschäft zu kaufen, sollten selbst die Waren next to nothing weggegeben werden. Denn der Mann geht von der Ansicht aus, wenn das Dry Goods House seine Zettel in einer Job Office drucken läßt, so das Personal unter dem selbsteigenen Unionlohn arbeitet, so lasse sich schließen, daß es auch seine eignen Angestellten sogleich bezahlt, und er hält es für die Pflicht eines jeden Arbeitsmannes, einem solchen Handlungshause nichts zuzuwenden, sondern den Grundbesitz Leben und leben lassen hochzuhalten. In Fällen, wie den erwähnten, ist aber auch der Organisator der International Typographical Union thätig, um die Aufträge den Union-Druckerereien zu sichern. Kam es vor, daß er beim Vorreden in Geschäftshäusern kein Gehör fand, so hat in kurzer Zeit der Geschäftsleiter auch die Wohnnehmung gemacht, was es heißt, mit der Arbeiterkassette in Fehde zu leben; denn wird hier ein Geschäftszweig in irgend einer Weise benachteiligt, so kann er auf die direkte und indirekte Unterstützung aller Gewerkschaftsgenossenschaften rechnen. Wir können also hier in der Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz bedeutendes leisten und zu Mitteln greifen, die vielleicht in Deutschland nicht erlaubt oder auch nicht anwendbar sind. Das sollte aber keinen Buchdrucker in Deutschland abhalten, die Schmutzkonkurrenz mit allen ihm zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln zu bekämpfen, denn mit der Unterdrückung derselben treten auch bessere Verhältnisse für den Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ein.“ Wird diese sichtsichere Darstellung unsere Herren Prinzipale belehren, wie wichtig eine kraftvolle Gehilfenorganisation für gute

Druckpreise sein kann? Der Artikel im Prinzipalsorgan kommt gerade noch zurecht, um vielleicht die Vorstands-sitzung des D. B. B. wohlwollend zu beeinflussen.

Weiter um sich greift das Streben der Einführung des Gehilfengeldes in sozialdemokratischen Druckereien. In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in München wurde die Anfrage gestellt: Wie verhält sich der Verein gegenüber dem Parteitagsbeschlusse, daß in Parteigeschäften die Affordarbeit abgelehnt werden soll. Dieser Anregung folgte eine äußerst lebhafteste Diskussion, in der einstimmig der Wunsch nach Abschaffung der Affordarbeit laut wurde. Mehrere in der Münchener Parteidruckeri beschäftigte Kollegen vertrieben auf die großen, in der Herstellungsweise der M. Post beruhenden technischen Schwierigkeiten, die der Abschaffung des Berechnens entgegenstehen, und die Unmöglichkeit, dies jetzt sofort zu thun. Zum Schlusse fand ein Antrag des Genossen Schlegl, wonach die Abschaffung der Affordarbeit in der M. Post angestrebt werden soll, Annahme. — Im allgemeinen ist wohl der Wunsch am Platze, daß die Arbeiter der betreffenden Offizinen nicht wider Willen mit dem neuen Arbeitsmodus „beglückt“ werden, das demokratische Prinzip verlangt, daß von ihrem Mehrheitsbeschlusse die Aenderung abhängt.

Von militärisch-behördlicher Seite wird in bezug auf die Beurteilung uners unglücklichen Kollegen Beder in Saalfeld folgende Darstellung des Thatbestandes veröffentlicht: Der vormalige Kanonier v. Beder ist nicht unschuldig, sondern weil er mit der Zigarre im Munde zum Koffee-Empfangen angetreten ist, disziplinarisch mit 3 Tagen mittlerem Arrest bestraft worden und seine Beurteilung zu 3 Jahren Gefängnis ist nicht wegen der Kritik des Bescheidverordneten erfolgt, sondern wegen einer Reihe von Verletzungen, durch welche er sich in grüblerischer Weise gegen § 102 Militär-Str. G. vergangen hat.

Die Textilarbeiter-Redaktion hat herausgefunden, daß unsere Erwiderung auf die unqualifizierbare Anzapfung der Buchdrucker „wenig geschmackvoll“ war und vertritt, ihren Mitarbeiter in der Sache sprechen zu lassen. Nun, „geschmackvoll“ sollte auch das notgedrungene Parieren gar nicht sein, sondern der ungeheuerlichen Beschuldigung angemessen gepfeifert. Und der Mitarbeiter hätte wohl in vierzehn Tagen Zeit finden können, seine Ausfälle zu rechtfertigen — wenn er kann. Die Abwehrnotiz des Corr. erschien am 9. Februar und am 22. Februar bringt der Textilarbeiter endlich die Verlegenheitsklärung. Wer so früh und tief den Fehdehandschuh hinwirft, sollte schlagfertig sein.

Nicht allein die amerikanische Auflage der Gartenlaube — welche, wie nachgetragen sei, 40000 Exemplare zählt — ist mit der „Elbe“ untergegangen, auch eine Lieferung der Monatshefte von Velhagen & Klasing (Buchdruckeri Fischer & Wittig in Leipzig) ging mit unter und mußte nachgeliefert werden. Die Gartenlaube befindet sich übrigens in einem merkwürdigen Gang nach den Meeresküsten. Mit dem Untergange der „Elbe“ wird ihre Amerika-Auflage bereits zum dritten Male zu Wasser, denn auch die „Cimbria“ und ein drittes gesunkenes Ueberfahrtschiff hat — wie wir hören — die betreffenden Auflagen mit in die Tiefen gerufen.

Eingegangen ist die in Breslau erschienene Deutsche Ostmark, Organ des deutsch-sozialen Provinzialverbandes für Schlesien.

In Breslau wurde der Schles. Landbote, Volkskalender für 1895, beschlagnahmt. „Aufreizung zum Klassenhaß“ wird als Ursache angegeben.

Die Zensur von Plakaten wird in München von der Polizei sehr peinlich ausgeübt. So wurde in einer von Buchhändlern ausgehenden Einladung der Satz „alle Gegner einer reaktionären Gesetzgebung“ in „Angehörige aller Parteien“ umgeändert und in dem Satz, daß die Anträge der Regierung und des Zentrums die Existenz Tausender gefährden, wurde das letztere Wort in „berühren“ verewandelt.

In Triest wurde der italienischen Uebersetzung des Beschlusses Bundes „Die Frau und der Sozialismus“ dadurch vermehrter Abzug verhängt, daß sie polizeilich verboten wurde.

Anständige Lohnerhöhungen erzielten vorigen Monat die Stereotypere in Edinburgh und Dublin: 30 belamen 2 s., drei 2 s 6 d., zwei 9 s und einer 10 s pro Woche Zulage.

Sozialpolitisches.

Im Reichstage stellte das Zentrum folgenden Antrag: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen darüber zu veranstalten, 1. wie die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gewirkt hat; 2. welche Erfahrungen speziell bezüglich des Verhältnisses von Arbeitszeit und Arbeitsleistung gemacht sind; 3. wie weit die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf die der Arbeiter zurückgewirkt hat; 4. wie weit nach den gemachten Erfahrungen eine generelle oder spezielle Beschränkung der Arbeitszeit auch für die Arbeiter notwendig erscheint und welche Beschränkung; 5. wie die Beschäftigung verheirateter Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirkt, wie weit die Vorschriften der Gewährung einer 1/2-stündigen Mittagspause der Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, jenen tatsächlich zugute kommt, welche weiteren gesellschaftlichen Beschränkungen bezüglich der Beschäftigung verheirateter Frauen möglich und notwendig erscheinen.“ Staatssekretär v. Boetticher verwies auf die Instruktionen der Gewerbeaufsichtsbeamten in dieser Beziehung. Wenn

